

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheim: wöchentlich 50 Pfennig. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelnenpreis die Gabelst. Colonietafel für Arbeits-nachdruck 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzähler: 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelort 17. Fernruf 3888-87. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Ausgabe Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 3.

Duisburg, den 17. Januar 1920.

21. Jahrgang

Der Sinn des Betriebsrätegesetzes.

In dieser Zeit des Neuschaffens und Neuwerdens mußte auch unser Wirtschaftssystem, das bis dahin nach rein egoistischen Motiven geleitet wurde, auf eine soziale Basis gestellt werden. Das geht nun ohne eine enge und bewußte Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern nicht. Dazu sollen auch die Betriebsräte dienen und das soll eine ihrer Hauptaufgaben sein, an der Solidarität der Interessen mitzuwirken. Prof. Dr. Hise, einer der langjährigen Vorkämpfer für Sozialpolitik, schreibt über dieses Thema in der „Alltäglichen Volkszeitung“ auf Grund der Beschlüsse des 7. Ausschusses:

Die Betriebsräte sind und bleiben in erster Linie und wesentlich nur Organe der Beratung und freien Vereinbarung. Nur in ganz wenigen bestimmten Fällen: bei der Festsetzung der Arbeitsordnung und bei Kündigung von Arbeitern, soweit diese „als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte“ darstellt, oder der berechtigten Verdacht einer Maßregelung wegen gewerkschaftlicher, politischer oder religiöser Betätigung vorliegt, haben sie eine entscheidende Mitbestimmung, und auch da bleibt die Anrufung des Schlichtungsausschusses, der dann endgültig feststellt, was Rechtens sein soll. Aber auch für die Arbeitsordnung ist eine rechtsverbindliche Entscheidung bezüglich der Arbeitszeit ausdrücklich ausgeschlossen. Im Übrigen kann zwar auch, soweit es sich um eine „Mitwirkung“ im Sinne der alten sozialpolitischen Auffassung der „Arbeiterausschüsse“ handelt, in Streitfällen der Schlichtungsausschuss anrufen werden, aber dieser war auch schon bisher auf Grund der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 rechtens; hier hat aber der Schlichtungsausschuss keine bindende Kraft, sondern nur eine moralische Bedeutung im Sinne der Verständigung. Dagegen ist bei den am meisten angefochtenen neuen Aufgaben der Betriebsräte, die Betriebsleitung, zur Erreichung besserer Produktionsleistungen und Wirtschaftlichkeit durch Rat zu unterstützen und „bei Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuwirken“, der Schlichtungsausschuss ausgeschlossen.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß alle in Eingaben und Reden wiederkehrenden Befürchtungen einer „Revolutionierung“ der Betriebe, einer einseitigen „Klassenherrschaft“ der Arbeiter usw. durchaus hinfällig sind. Die Gewerkschaften bedeuteten schon eine Durchbrechung der „Klassen“-Solidarität durch die Berufs-Solidarität; die „Arbeitsgemeinschaften“ sind die jetzt auch von den früheren Gegnern der Gewerkschaftsbewegung gepriesene Frucht dieser Entwicklung. Feht soll auch die „Berufs“-Solidarität wieder zu ihrem Rechte kommen. Die Arbeitnehmer sollen wieder mit ihrem Betriebe mehr harmonisch, wirtschaftlich und sozial verknüpft werden. Es ist hochherzlich und eine Wehr von dem einseitigen Klassenstandpunkt, wenn heute die Mehrheitssozialisten sich zu diesem Standpunkt durchgerungen haben. Bei der Arbeiterschugnovelle von 1891 waren — neben dem „Zentralverband deutscher Industrieller“ — gerade die Sozialdemokraten die erstinstanzigen Gegner der Arbeiterausschüsse und brachten den Antrag des Zentrums auf obligatorische Einführung zum Fall. Um so unverantwortlicher wäre es, wenn heute die Arbeitgeber sich weigern wollten, auf den nun gemeinsam gewonnenen Boden zu treten. Es ist der einzige Weg, um wieder zum Frieden und zur Verständigung und damit zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Es gehört viel guter Wille auf beiden Seiten dazu, um das rechte gegenseitige Verhältnis zu gewinnen. Es ist nicht einseitig die Schuld der Arbeiter, wenn es zu solch scharfer Spannung gekommen ist. Hätten die Arbeitgeber bereitwillig und vierzig Jahre früher es verstanden und sich bereit gefunden, die Arbeiter durch Arbeiterausschüsse zu einer geordneten Mitwirkung in der Betriebsverwaltung angemessen zu beteiligen, so würde es damals noch mit Dank angenommen und noch eingeschätzt worden sein und auch die erziehlige Wirkung nicht versagt haben, während es ihnen heute durch Gesetzgebung aufgedrungen und von den Arbeitern als ihr „Recht“ gefordert wird. Was so in Jahrzehnten versäumt ist, soll heute nun in kurzer Zeit eingeholt werden. Andererseits haben aber auch die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Kämpfe und die Disziplinierung in den gewerkschaftlichen Organisationen das Bedürfnis nach Frieden und Verständigung geweckt. Man ist sich bewußt geworden, daß es neben den Gegensätzen der Interessen doch auch in viel weiterem Maße, als man sich bisher bewußt ward, eine Solidarität der Interessen gibt; daß es neben den Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit, die wesentlich in Tarifverträgen geregelt werden, doch noch viele Dinge im einzelnen Betrieb gibt, die auch für das seelische und materielle Wohl und Wehe und für das persönliche Wohlbefinden von größter Bedeutung sind, als das gewöhnlich in Schrift und Reden gewürdigt wurde. Endlich ist man sich auch bewußt geworden, daß Arbeitgeber und Arbeiter trotz aller Gegensätze der Interessen, die im Kampf der Organisationen mit aller Kraft ehrlich und loyal ausgetragen werden, doch deshalb

sich nun nicht auf Schritt und Tritt mit wildem Blid und innerem Ansehen zu begegnen brauchen, sondern auch als eheliche Menschen sich einander nähertreten und über die gemeinsamen Angelegenheiten der Fabrik sich friedlich unterhalten und zum gemeinsamen Besten verständigen können.

Die Betriebsräte befassen sich mit den Fragen des einzelnen Betriebes. Sie können und sollen nicht etwa die Arbeit der Gewerkschaften oder der Arbeitsgemeinschaften ersetzen, sondern sie ergänzen, gleichsam individualisieren. Umgekehrt können und sollen die Gewerkschaften die Betriebsräte stützen und fördern. Dem trägt das neue Gesetz auch bewußt Rechnung, indem die anerkannt tariflichen Vereinbarungen bevorrechtigt werden. Ebenso bleiben natürlich die allgemeinen gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen, die Unfallversicherungsbestimmungen, die Gewerbeaufsicht usw. in voller Geltung, aber der Betriebsrat sorgt mit dem Arbeitgeber für eine zweckmäßige Durchführung und Ausgestaltung im einzelnen. Aus der gemeinsamen vertrauensvollen Aussprache werden sich auch gewiß so mancher weitere Anregungen zu praktischen Einrichtungen und Organisationen zum Besten der Arbeiter und ihrer Familien ergeben. Bisher nannte man solche Veranstaltungen, die über die gesetzliche Pflicht hinausgehen, „Wohlfahrtsvereine“ — eine Bezeichnung, die vielleicht zu sehr an „Wohltätigkeit“ anknüpft und oft auch dort Anwendung fand, wo nicht Gemeinnützigkeit, sondern Eignung Platz fand und deshalb berechtigten Anstoß erregte. Es sind „soziale Einrichtungen des Betriebes“, die aus einem neuen Geist geboren sind als Maschinen und Technik, und die den Menschen zu dienen bestimmt sind, die dem Betrieb ihre Kräfte leihen. Sie leisten zugleich Pionierdienste für den weiteren Ausbau der Gesetzgebung.

Das ist — überhaupt — der Sinn des Betriebsrätegesetzes: der Arbeiter als Mensch soll wieder in der Fabrik mehr zur Geltung kommen. Er ist mehr als eine Maschine, die man zwar auch gut behandelt, sorgfältig repariert, schmiedet und ölt, so lange man sie braucht, im Übrigen aber zum alten Eisen wirft, sobald sie ihren Dienst getan hat. Der Arbeiter will als Mitarbeiter anerkannt werden, sein Urteil und seine Stimme soll mehr zur Geltung kommen und, soweit es ohne Schädigung der Produktion möglich ist, Berücksichtigung finden. Er soll endlich wieder mehr mit dem Betriebe verbunden und jedenfalls wieder wenigstens dem Gefühl haben, daß man ihn „anhört“ und nicht einfach über seine Wünsche ohne jede Prüfung hinweggeht. Bei beiderseitigem guten Willen werden sich manche Reibungen vermeiden oder ausgleichen lassen und soweit dieses nicht gelingt, kann jedenfalls so manches Mißverständnis beseitigt und durch Aufklärung der Gründe ein gutes Teil der Bitterkeit ausgeräumt werden. Aber nicht bloß für das friedliche Zusammenleben, sondern auch für die Einrichtungen und die Förderung des Betriebes selbst wird aus den Beratungen sich manche Anregung und praktische Frucht ergeben.

Arbeitsordnung und Betriebsräte.

• Zu den Aufgaben, die den Betriebsräten gestellt werden sollen, ist eine von Bedeutung und begründet und zwar die, daß alle Arbeitsordnungen festzulegen bzw. zu ändern sind, ist doch damit Gelegenheit gegeben, manchen heute noch in den einzelnen Arbeitsordnungen befindlichen „alten Jopf“ zu beseitigen. Die meisten Arbeitsordnungen und noch mehr einzelne Bestimmungen in denselben, atmen vorriegensnähige Reiz, Herrenmenschen, ja sogar militärische Form. Nichts ist zu finden von Mißbestimmung und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Das auch in diesem Punkte erst die „neue Zeit“ und in dieser erst die Gesetzesvorschriften eine Aenderung herbeiführt, ist das schon oft angeführte Merkmal vergangener Tage. Noch mehr als das, Vergangenheit und Gegenwart sind noch angekränkt davon und in den Arbeitsordnungen begegnet es einem immer und immer wieder, es ist der Geist, der mehr besagt als Worte. Jener Geist des Herrschens, der Unterordnung, des unbedingten Gehorsams anstatt Liebe, Verträglichkeit und Menschenachtung. Es sollen deshalb nicht nur die Worte in der Arbeitsordnung neu festgelegt oder geändert werden, sondern neuer Geist, der Geist gegenfeitiger Verständigung, des Verstehens und des Wohlwollens, daß eine Reihe sich ergänzender Kräfte Träger der Produktion sind. Dabei muß Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit und Disziplin gewahrt bleiben. Denn ohne diese, auch für die Produktion geltenden Tugenden gibt es keine Erzeugung, keinen Aufbau, sondern Zerfall, Chaos.

Zu prüfen wäre, ob im Rahmen der Tarifentwicklung überhaupt die Arbeitsordnungen noch erforderlich sein werden. Welches kann sehr wohl neben einander bestehen. Alles im Tarif zu erfassen, belastet ihn vielleicht auf Kosten klarer Erkenntnis seines Inhaltes und Sinnes. Auch werden nicht immer alle Werkzeigenschaften zu erfassen sein. Andererseits werden aus den zukünftigen Arbeitsordnungen manche Bestimmungen verschwinden können, die besser tariflich geregelt werden oder gar schon überholt sind. Vieles wird auch davon abhängen, und

eine endgültige Regelung und Klärung der ganzen Materie einreten durch das in Aussicht stehende neue Arbeitsrecht. Notwendig wird aber sein, daß sich die Betriebsräte mit der ihnen gestellten Aufgabe befassen, sich Unterlagen beschaffen und die Arbeitsordnungen prüfen.

Bestimmungen über die Arbeitszeit können aus den Arbeitsordnungen fern bleiben, da darin eine tarifliche Regelung eingetreten ist bzw. sehr leicht eintreten kann. Dasselbe gilt betreffs Kündigung des Arbeitsverhältnisses und der Lohnzahlung. Vorschriften nach vorheriger ärztlicher Untersuchung sind unzeitgemäß und widersprechen vor allem dem Gemeinschaftsgeist. Wer ist heute noch im Vollbesitz seiner Gesundheit? Und daß es trotzdem möglich ist, allen Brot und Arbeit zu geben, hat die Zeit des „Leutenmangels“, die Kriegszeit bewiesen. Es wird doch immer darauf ankommen, den rechten Mann am rechten Platz mit einem guten Willen zu haben.

Neben dem, was aus den Arbeitsordnungen verschwinden kann, gibt es dann noch eine ganze Anzahl von Bestimmungen, die einer Prüfung und Revision unterworfen werden müssen, Bestimmungen, in die ein anderer Geist zu hauchen wäre. Wie groß ist an manchen Stellen die Zahl der „Borgesetzten“, denen die Arbeiterschaft im Betrieb „unbedingten“ Gehorsam schuldig ist. Die Länge des Beschäftigungsdauer, wie man ihn in der ein oder anderen Arbeitsordnung antrefft, erinnert an „preußische Musketerie“ und kann geändert und verkürzt werden. Besonders muß hier die Mitwirkung der Arbeiterbetriebe gesichert werden. Das Strafenwesen ist ebenfalls zu reformieren. Art und Höhe der Strafen nimmt nicht immer Rücksicht auf vorliegende Ursachen der Verspätungen und Veräumnisse des Arbeiters. Neben der Bestrafung, dann noch Schlichtungsvermittlung, indem der Arbeiter von der Beschäftigung für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen wird. Manche Bestrafung kennt im Handumdrehen die Entlassung des Arbeiters. Auch hier ist Mitwirkung der Arbeiterbetriebe erforderlich. Unter dieses Kapitel fällt auch die Einhaltung von mehreren Schichten, etwaige Abzüge vom Lohn. Wenn auch dieses Geld vielfach in die Arbeiterfürsorgekassen fließt, so bedeutet Rigorosität im Strafenwesen immer eine Härte, die Verhinderung und Schaden beim Betroffenen zurück läßt. Deshalb müssen die Betriebsräte mit Schärfe hier zuzufassen. Auch die Verwendung der Strafgeelder ist mehr als bisher Sache der Arbeiterschaft, weil es ja ihr Hab und Gut ist. Gewiß hat sich in mancher Hinsicht die Arbeiterschaft auf diese Dinge Einfluß verschafft. Aber ist nicht manches unter dem revolutionären Geist mit Widerwillen von der anderen Seite zustande gekommen? Und hier ist eben das Verbot zu suchen. Die Macht darf nicht ausschlaggebend bleiben, das Recht, solidarische Liebe, kurz des Menschen Herz, muß entgegenkommend sich öffnen. So findet man an manchen Stellen in den Arbeitsordnungen oder in Betrieben das Rauchverbot. Warum nicht dort, wo die Möglichkeit besteht und ohne Gefahr damit verbunden ist, dem Arbeiter ein Pfeifchen gönnen. Das verschafft schlechte Gedanken, schwere Sorgen und erhöht den Reiz zur Arbeit. Dieses zu erröthen ist z. B. in Deutschland alle Theorie eingebracht. Soll die Praxis ihr folgen, dann kann auf eine gute Arbeitsordnung, die den Menschen seelisch erfaßt sehr dazu beitragen. Ein tiefer Sinn und eine ernste Würdigung liegt in den Worten des Sozialisten Ed. Bernstein, der einstigen Revisionisten, der dann zu den Unabhängigen trat, um recht bald wieder im mehrheitssozialistischen Fahrwasser zu landen; also ganz gewiß ein Mann, dem durchaus nicht der Vorwurf übergrößerer Vereingenommenheit gemacht werden kann. Er sprach: „In einem guten Fabrikgesetz (Arbeitsordnung) kann mehr Sozialismus stecken, als in einer Verstaatlichung von etlichen hundert Unternehmungen.“ Dem ist nicht zu widersprechen.

Die Valutafrage.

Von Fabrikdirektor Wilhelm Scheffold.

II.

In der vorigen Nummer wurde unter dieser Überschrift der Zusammenhang von Papier- und Hartgeld und der Zusammenhang der Zahlungsmittel überhaupt dargelegt. Also wie gesagt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Kurs. Aber die Zahlungsmittel müssen im richtigen Verhältnis stehen zum Bedarf der Volkswirtschaft, denn Zahlungsmittel sind papierne Wertzeichen, die letzten Endes auf Kredit beruhen, den man der Volkswirtschaft des betreffenden Landes einräumt. Dieser Kredit kann sich nur erhalten, wenn infolge entsprechenden Verkehrs in Waren und Dienstleistungen immer wieder Bedarf für diese Zahlungsmittel auftritt, also wenn sich auf die Dauer Angebot und Nachfrage die Wage halten. Mit anderen Worten der Kern des Devisenproblems bzw. der Valuta beruht auf der Handelsbilanz und der Zahlungsbilanz. Unter Ersterer versteht man das Verhältnis von Wareneinfuhr und Warenausfuhr. Außer dieser gibt es noch eine Reihe weiterer Einnahmequellen z. B. aus dem Transportgewerbe, aus dem Versicherungsgewerbe, aus dem Anleihegeschäft, Zinsen aus Guthaben im fremden Lande, Einfuhr von Werten durch Rückkunft von Volksgenossen, die längere oder kürzere Zeit im Auslande tätig sind, und dergleichen. Alles dieses zusammengekommen nennt man die Zahlungsbilanz. Es ist wichtig, festzustellen,

das fortgeschrittene Staaten wie Deutschland und England vor dem Kriege eine etwas negative Handelsbilanz, aber eine positive Zahlungsbilanz hatten.

Wie das Stützgebilde unserer Volkswirtschaft, unsere Wälua, zeigt, liegt sie jetzt sehr im Argen und allenthalben zerbröckelt man sich den Kopf über eine Besserung. Die Wirkung aller Maßnahmen hatte bislang keinen Erfolg, es wird immer schlimmer.

Da drängt sich die Frage auf: Woran fehlt es eigentlich?

Die Beantwortung führt zum Teil auf volkswirtschaftlichem Gebiet, zum andern sind es aber Kulturfragen, die notwendig aufgerollt werden müssen.

Welche Maßnahmen erscheinen vom Standpunkte des Volkswirtschaftlers zweckmäßig?

Zunächst sei festgestellt, daß man uns durch den Friedensvertrag berart geknebelt und wichtiger Instrumente zur Besserung unserer Zahlungsbilanz beraubt hat, ich erinnere nur an die Fortnahme von Schiffen, Docks und ähnlichem, daß wir im wesentlichen auf dem Felde der Handelsbilanz, also der Warenherstellung einen Weg suchen müssen. Diese Produktion hat aber zwei Seiten, eine landwirtschaftliche und eine industrielle. Für letztere brauchen wir nach Fortnahme unserer wichtigsten Erze im Ruhrgebiet, der Einfuhr von Rohstoffen. Je mehr sie letztere gesorgt wird, um so günstiger kann sich unsere Warenherstellung gestalten.

Um eine solche Entwicklung zu erreichen, müßte unsere landwirtschaftliche Produktion unseren Inlandsbedarf decken und möglichst intensiv arbeiten; tatsächlich arbeitet die Landwirtschaft immer mehr extensiv und nähert sich allmählich einem Zustande, wo sie sich selbst ernährt und den kleinen Rest möglichst im Schleifhandeln absetzt.

Wo steckt der Fehler?

Wir haben tatsächlich eine doppelte Wälua, die an der Börse notierte und die durch Höchstpreise festgehaltene.

Die Letztere kommt hauptsächlich zur Wirkung gegenüber der Kartoffelversorgung, dem Brotgetreide, der Viehhaltung und der Wohnungsmiete. Die Wirkungen auf die Produktion an Lebensmitteln, sowie auf die Neubauten und den baulichen Zustand der vorhandenen Wohnhäuser sind bekannt.

Man hat nun zur Steigerung genannter Produktionszweige zwei Mittel, entweder Aufhebung aller Höchstpreise; in diesem Falle würde sich ein Teil im Verhältnis zur Geldentwertung veräußern, also auch Brot, Fleisch und Wohnungsmiete, ein anderer Teil würde noch viel mehr steigen, als der Geldentwertung entspricht; denn trotz des Produktionsanreizes und der sich auch zweifelslos steigenden Produktion nach Aufhebung des Höchstpreises sind eben auf Jahre hinaus geringere Mengen als nötig im Lande.

Ein Beispiel, wie Aufhebung der Höchstpreise wirken kann, wenn geschäftstüchtige Kaufmannskreise in Frage kommen, haben wir an den Metallen. Wie kostet z. B. heute die Tonne fast 10000 Mark gegen 400 Mark 1913. Die Verwertung beträgt also 1:25, die Geldentwertung nur 1:11 im Durchschnitt. Ein ähnliches Bild bieten z. B. die Eierpreise. Angesichts dieser Lage bleibt nun die Aufrechterhaltung von allerdings angemessenen Höchstpreisen für lebenswichtige Stoffe, andererseits aber die Vorzüge, daß die betroffenen Kreise ihre wichtigsten Stoffe ebenfalls zu Vorzugspreisen und in ausreichendem Maße erhalten, damit ihnen tatsächlich ein entsprechender Gewinn bleibt, was heute z. B. bei der Landwirtschaft meist nicht der Fall ist. Dieser Umstand treibt sie zu extensiver Wirtschaft und zum Schleifhandeln. Sie kann hierbei mit weniger Arbeit oft besser bestehen, wenn sie eben mitmacht, als sonst mit mehr Arbeit bei intensiver Wirtschaft und geringer oder gar keinem Nutzen. Direktes Interesse an sachgemäßer Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte aber auch Rohmaterialien hat also nur der ehrliche Landwirt, der Arbeiter und sonstige Bürger.

Wollte man ferner durch Aufhebung aller Höchstpreise die Valutadifferenz ausgleichen, so würde man auch die zahlreichste Schicht kleiner Rentner und Pensionäre, meist ältere Leute, vernichten, also volkswirtschaftlich ganz verkehrt handeln.

Natürlich müßten scharfe Zollgrenzen aufgerichtet werden und ein Teil inländischer Produkte für die lebenswichtigen Produktionszweige besonders zum Wohnungsbau und für die Landwirtschaft im Lande festgehalten werden. Erhält auf diese Art der Arbeiter billigere Wohnungen und Lebensmittel, so ist ihnen in Grunde doch besser gebient, als mit einer größeren Anzahl Scheinen, für die er dann weniger kaufen kann. Würde die Landwirtschaft durch intensive Produktion die wichtigsten Lebensmittel im Lande herstellen, so könnten wir alle Exportgüter und Kredite in Rohstoffe anlegen.

Neben sich bessernder Handelsbilanz würde die Verflechtung mit den Volkswirtschaften der andern Länder auch mit unsern Gegnern immer enger werden, immer mehr sich gegenseitig befruchten; dieses Interesse könnte aber am besten zu einer Milderung der härtesten Friedensbedingungen führen.

Wird umgekehrt unser Kredit und unsere Ausfuhr in Lebensmitteln angelegt, dann wird die Grundlage der Warenherstellung, die Rohstoffversorgung immer magerer und die Wälua allmählich so schlecht, daß wir auch keine Lebensmittel mehr kaufen können und bei alledem unsere Landwirtschaft nicht viel mehr, als sich selbst erhalten kann.

Ein warnendes Beispiel bietet Deutsch-Österreich.

Die Valutafolge hat aber auch eine ernste kulturelle Seite. Man kann ruhig sagen, wenn jeder seine Pflicht so getan hätte, wie die Kameraden im Schützengraben, hätten wir nicht das heutige Elend und wenn jeder nicht allein sein eigenes Wohl, sondern auch das der Volksgenossen im Auge hätte, hätten wir keinen Schleifhandeln und kämen ohne Höchstpreise aus; aber — — —!

Das neue Jahr

verlangt auch von Dir alle Kraft!
Willst Du säumig sein?
Nein? Nun gut, dann schaffe für
unseren christl. Metallarbeiterverband

Wenn die „Arbeiterunion“ streikt.

Die Arbeiterunion, eine von den vielen spartakistischen-kommunistischen Pflanzen, die nach der Revolution aus dem Boden schossen, will die Arbeiterchaft nach spartakistischen Grundsätzen zum „Sieg“ führen. Daß die Gewerkschaften nur „Kapitalknechte“ sind, versteht sich nach der Meinung der Arbeiterunion selbst von selbst. Nur sie, mit dem wahren Geiste der Weisheit und Menschenwürde gesalbt, werden der Arbeiterchaft das beste Leben hinauszubringen. Wenn die Arbeit für die Menschheit nur im Maulwurfsbau, Sprüche Kopfen und Phrasen bestehen bestände, dann wären diese Herren stets und ständig die alleinigen Sieger. Aber nun kommt es leider auch im Leben vor, — und die Tage sind für diese Herren schwarze Tage — in denen für die Arbeiterchaft praktisch gearbeitet werden muß, in denen von den Führern Weisheit, volkswirtschaftliche Kenntnisse und tatsächliches Gefühl vorausgesetzt wird.

Die Gewerkschaftsbewegung weiß, was sie zu tun hat, denn sie hat seit Jahrzehnten zum Besten der Arbeiterchaft gewirkt!

Aber die andern! Da wird gewirkt! Und wie!

Wir wollen hier nur ein Beispiel aus den letzten Wochen bringen, wie die spartakistisch-kommunistische „Arbeiterunion“ die Arbeiterchaft führt: n. dabei hereinfällt. Auf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg zu Duisburg, deren größter Teil der Belegschaft der „Arbeiterunion“ angehört, ist nach zehnwöchentlicher Dauer ein verachteter Streik zu Grabe getragen worden.

Was bei diesem Streik an Phrasen und Verdrehungen — Gesäure und Lügen zu leisten möglich war, ist hier in Anwendung gebracht worden. Alles von den Gewerkschaften, überhaupt von den Zentralgewerkschaften, bisher Aufgebaute

nieberzureißen, war die Triebfeder der „Arbeiterunion“ bei diesem Streik. Um was handelte es sich? Der am 9. Oktober in der Duisburger Arbeitsgemeinschaft abgeschlossene Tarifvertrag für die Maschinenindustrie war der Stein des Anstoßes. Die Arbeiterchaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die zu 70 Prozent aus Mitgliedern der Arbeiterunion bestand, lehnte den Tarif ab. Nicht etwa deshalb, weil die Löhne nicht hoch genug waren, denn darüber, daß die hier bewilligten Löhne nicht ausreichten, um bei den teuren Lebensbedingungen damit auszukommen, war sich auch die ältere Arbeiterchaft Duisburgs klar. Die von den Syndikalistten nun geforderten neuen Löhne waren deshalb auch gar nicht als zu hoch anzusehen. Aber darauf kam es ja gar nicht an. Dieser Tarif war von den verhassten Zentralgewerkschaften, unter Mitwirkung der „Gewerkschaftsböden“, in der noch mehr gehähten Arbeitgemeinschaft abgeschlossen. Das mußte gerochen werden. „Weg mit Tarifen — zum Teufel mit den Zentralgewerkschaften“, so lautete das Kampfgeschrei der Unionisten. Flugs wurde die Arbeitsgemeinschaft gekündigt und neue Forderungen aufgestellt. Als nun die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg sich nur bereit erklärte, auf der Grundlage des Tarifs zu verhandeln, trat die Belegschaft, nachdem in öffentlicher Abstimmung über den Streik abgestimmt worden war, in den Streik.

Sowelt war man nun endlich, aber was nun weiter. Die Streikenden wollten auch Streikunterstützung haben; aber, o Jammer, woher nehmen? Geld war nicht da. Da mußten Verpflegungen und der Appell an die Opferwilligkeit jedes Einzelnen herhalten. In den Versammlungen wurde berichtet, daß man nach dem Hauptwert in Nürnberg und den Schwesterwerken in Gustavsburg und Augsburg geschrieben habe, diese ständen hinter ihnen und würden sie unterstützen. Die Werke beschäftigten ziska 10000 Mann und wenn jeder Arbeiter wöchentlich nur eine Mark zahlte, kämen wöchentlich 10000 Mark zusammen. Dann wurde an die Solidarität der übrigen Duisburger Arbeiterchaft appelliert. „Ganz Deutschland (!) steht auf Euch, bleibt stark. Wer jetzt wankelmützig wird, ist ein Verräter an der Arbeiterchaft.“ So lauteten die Phrasen, womit die Arbeiterchaft von der Augsburg-Nürnberg Woche für Woche hingehalten wurde. Und was kam bei all der Betttelei und dem Phrasengeklänge heraus? Die Duisburger Arbeiterchaft brachte in den 10 Wochen ca. 42000 Mark und aus den Schwesterwerken wurden 8000 Mark geschickt.

Das ist der elendeste Bankerott, den die „Arbeiterunion“ erlebt hat, daß sie beim ersten größeren Streik, den sie in Duisburg führte, selbst nicht einmal Geld in der Kasse hat, um den Streikenden Unterstützung zu geben; sie muß vielmehr betteln gehen. In zehn Wochen rund 50000 Mark, das machte pro Mann ganze 80 Mark für zehn Wochen. Nach glaubwürdigen Aussagen von Mitgliedern der Arbeiterunion ist dieser „Verband“ bei vielen Mitgliedern mit ca. 200 Mark im Rückstand geblieben. So sogar in der Weihnachtswoche wurden an Ledige nur 24 Mark Unterstützung gezahlt. Welch eine Summe von Not und Entbehrungen liegt in diesen Zahlen. Kein Wunder, wenn gerade aus den Reihen der Arbeiterunion sich täglich Leute, zur Arbeit bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg einfinden. Die Unterstützung wurde immer größer und es mußte eine Verhandlung anbeschrieben werden. In einer Konferenz der beteiligten Gewerkschaftsführer bei der die Verhältnisse auf der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg besprochen wurden, erklärte auch der „Führer“ der Arbeiterunion, Dreiling, daß der Streik ein Ende nehmen müsse, sonst wäre der Streik kaputt und die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg voll Leute. In der nun folgenden Verhandlung wurde in allen Fragen eine Einigung erzielt, trotzdem die Firma nur auf dem Boden des Tarifs verhandelte, mit Ausnahme der Einstellung der Arbeiter.

Die Firma lehnte die Wiederannahme von neun Arbeitern, die nach ihrer Ansicht an den andauernden Unruhen auf dem Werk und auch am Streik schuld seien ab. Die Belegschaft lehnte aber dieses Ansinnen ab, mit der Begründung, daß sämtliche Arbeiter wieder einzustellen setzen. Es wurde also weiter gestreikt.

Endlich wurde zur Jahreswende beschlossen, die Einstellung der neun Mann einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Nach vierstündiger Verhandlung wurde auf Uraten des Vorsitzenden vier bekannten Arbeitern, deren Annahme die Firma strikte ablehnte, empfohlen, auf ihren Wiedereintritt bei der Firma zu verzichten. Dahingegen soll die Firma, weil von neun

Ethischer oder materialistischer Sozialismus.

III.

Die Hebung des nationalen Gedankens ist eine weitere Forderung, die zu stellen ist. Warum lag es da bei uns im Argen, warum hat da auch die Schule verjagt? Am Niedergang des nationalen Gedankens trägt ohne Zweifel das alte System eine große Portion Schuld. Man führte uns zwar in der Schule und auch späterhin die großen Männer der preußisch-deutschen Geschichte vor Augen, den Großen Kurfürsten, den genialen Friedrich Wilhelm I. und seinen größeren Sohn Friedrich II., die Stein, Blücher, Bismarck, Volke. Das war gut und auch notwendig, denn große Männer sind die Marksteine eines Volkes. Aber man betonte nicht, daß diese großen Männer, diese bedeutenden Kräfte, die Losgeriffen wurden, nur entstehen konnten auf dem Boden eines geistig und moralisch gesunden, hochstehenden Volkes. Das jagte man nicht.

Das Volk ist nicht nur das Fundament, sondern auch der lebendige Quell.

Es dem die nationale Kraft sich stets wieder verjüngen wird und es um so besser kann, je mehr das Volk weiß, daß es selbst ein lebender Teil des Ganzen ist und je mehr aus diesem Gedanken heraus die Leitung eines Staates vorgenommen wird.

Und sagen wir es offen heraus: Für das Proletariat war das Durchleben des nationalen Gedankens eine umso größere Schwierigkeit geworden, je weniger es sah, daß dieser Staat sich für die Hebung des Standes einsetzte. Der Begriff der Nation deutet sich auf das engste mit dem Begriff der Heimat und dem Begriff des Heims. Wie sah es aber da aus? Mein Heim ist mein Vaterland, das kann der sehr leicht sagen, denn alles behaglich eingerichtete ist. Aber das Proletariat? Die Einföhrung einer weltstädtischen Wohnungsreform ist die Voraussetzung in den heutigen Wohnungsverhältnissen.

Kein Strahl der Sonne dringt in den Hofraum. Turmhohe Mauern ringsum! Die stöhnendsten Luft krabbeln höhlwangige Kinder einher. Auf dem hiesigen Asphaltboden. Im Spiel. Einem verbrauchten Dudelsack entlockt ein hageres Mädchen krächzende Töne. Echoartig hallen sie wider im dumpfigen Schacht. Und ganz hoch oben werden Zweizimmerwohnungen von kinder-gelegenen Familien mit Schlafzimmern und Schlafmädchen geteilt. Wir haben eine dunkle Kellerwohnung, ein Zimmer und eine Küche, die von einer Wäscherin, sieben Kindern und zwei Schlafzimmern bewohnt wurde, eine andere von einem einzigen Hofzimmer, das eine Heimarbeiterin mit vier Kindern, ein achtzehnjähriges Mädchen, zwei schulpflichtigen Knaben und einen Säugling und den Liebhaber der Mutter beherbergen mußte. Gezwungen, gequält, gefacht und gewaschen wurde in demselben Raum. Masse Kinderwindeln hingen quer durchs Zimmer. Eine Reihe Prozesse über Sittlichkeitsvergehen der letzten Jahre birgt eine lebensnahe Illustration zu den in den menschenunwürdigen Wohnungszuständen und im häßlichen Schlafstellenbeden ruhenden moralischen Gefahren. Ein Fünftel der Berliner Bevölkerung lebt in Wohnungen die jeder Sitte und Hygiene zuwiderlaufen!

Wenn das Proletariat, aus dem sich doch der größte Teil des deutschen Heeres rekrutiert, trotzdem in größter Heidenhaftigkeit sich im Weltkriege schlug und alles einsetzte für die Ehre des Landes, so zeigt das ein solches Maß höchster moralischer Kraft, wie es wohl das alte römische Volk zeigte und sonst keines mehr. Wenn wir im neuen Deutschland den nationalen Gedanken haben wollen und müssen, dann kann es nur geschehen dadurch, daß man auch die materiellen Unterlagen schafft.

zweite Wohnungs- und Bodereform.

Die wäre oft wichtiger, als die Sozialisierung dieses oder jenes Industriezweiges. Es muß sehr Wunder nehmen, daß die Sozialdemokratie gar nicht so Sturm läuft gegen die Grundbesitzpekulanten wie sie gegen den kleinen Unternehmer an-

rennt. Da da irgend welche verwandtschaftliche Beziehungen bestehen, wollen wir für den Augenblick nicht unteruchen. Merkwürdig ist es auf jeden Fall. Zweitens aber ist notwendig, daß jedem Kind in der Schule schon beigebracht wird, daß es mitverantwortlich ist am Staatsganzen, genau wie jeder andere auch. Es muß wissen, daß es ein lebendiges Glied am Körper des deutschen Volkes ist. Vor kurzem habe ich ein Besuch für die Kinder Frankreichs in die Hand bekommen; darin stand zwar, daß Napoleon I. ein gewaltiger Feldherr und großer Staatsmann gewesen sei, daß der Sonnenkönig Ludwig XIV. ein bedeutender Herrscher war, aber daneben kann man es immer wieder lesen: Du französisches Volk hast die Fesseln der Sklaverei 1789 in der Revolution abgestreift; du französisches Volk hast den marquisen Thron des dritten Napoleon 1870 gestürzt; du französisches Volk bist die Leuchte der Zivilisation; du französisches Volk marschierst in der Kultur an der Spitze der Welt, überall du Volk, Volk, Volk!

Dieser große Gedanke, daß jeder zum Volk gehört, mitarbeiten und mitverantwortlich sein muß, der muß wieder mehr in unser Volksganzen herein. Da müssen alle Kräfte geweckt werden.

Das Dritte, was nottut, ist

der demokratische Gedanke.

Vom demokratischen Gedanken war im alten Deutschland nicht viel zu hören, da war das Regime Estebien, im neuen Deutschland scheint die Parole „Republik“ zu werden. Demokratie heißt: Gleichberechtigung und Gleichverantwortung aller; es heißt aber nicht Vorherrschafft einer Klasse. Dagegen wenden wir uns mit aller Macht, deshalb bekämpfen wir auch die Diktatur des Proletariats, weil sie dem gesunden demokratischen Gedanken der Gleichberechtigung zuwiderläuft. Wir haben freilich jetzt im neuen Deutschland die Paragrafen für die Gleichberechtigung aufgestellt, von einer inneren Gleichberechtigung ist jedoch so lange noch wenig zu merken, wie die Gleichachtung fehlt.

